

SCHWARZROTGOLD

Das Magazin der Bundesregierung

1
01/19

SO VIEL EUROPA STECKT
IN UNSEREM OBST

06

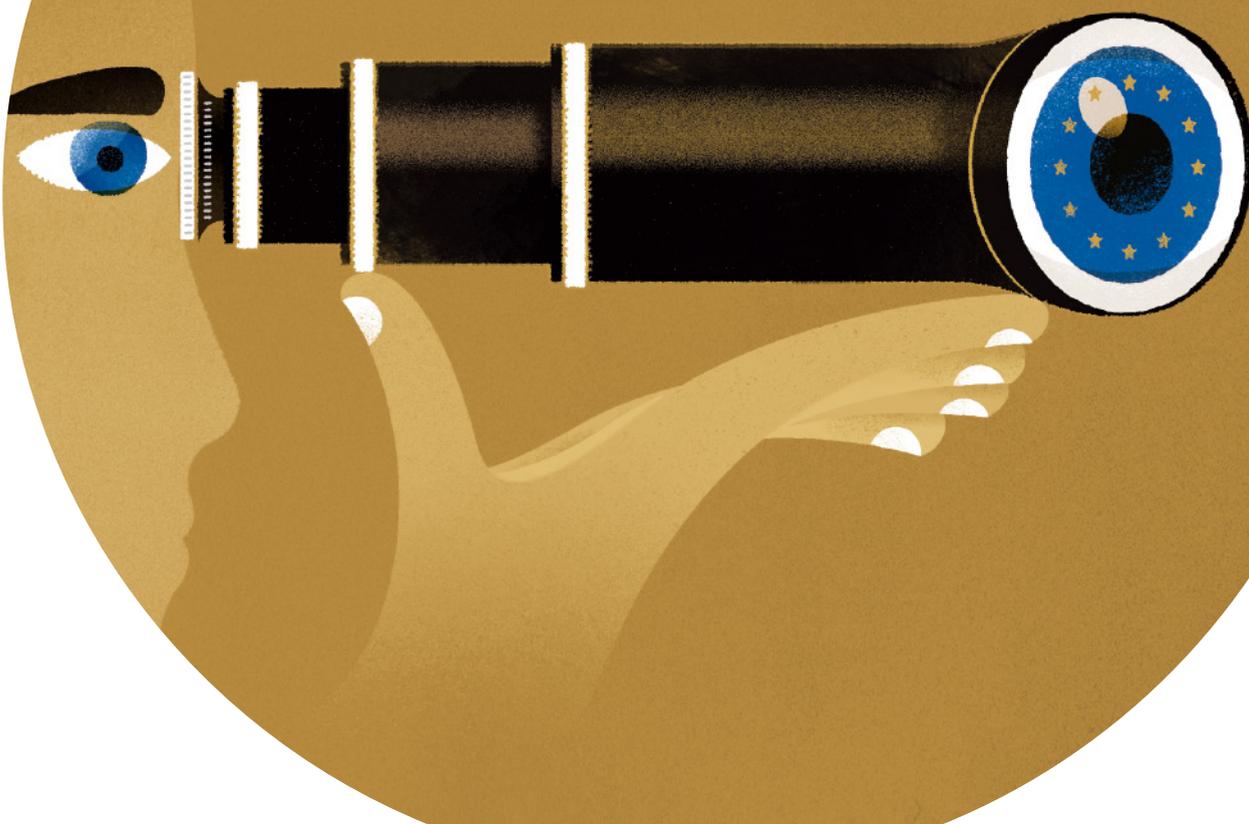
VORURTEILE ÜBER DIE
EU IM FAKTENCHECK

10

EU-BÜRGERDIALOG
IN JENA

16

EUROPA



04

WAS WÄRE, WENN ...?

Wirtschaft, Umwelt, Sicherheit:
Was wäre anders, gäbe es die EU nicht?

14

FLUCHT UND MIGRATION IN DIE EU

Heute erreichen deutlich weniger
Menschen die EU als vor drei Jahren.

06

SO VIEL EUROPA STECKT IN UNSEREM OBST

Was die Apfelernte in der Ortenau mit
der Europäischen Union zu tun hat.

16

EU-BÜRGERDIALOG IN JENA

Uta Seibold-Pfeiffer war dabei.
Zwischen persönlichen Ansichten und
dem Blick aufs große Ganze.

10

IST DAS WIRKLICH SO?

Der Faktencheck zu fünf Vorurteilen
über die Europäische Union.



12

MIT MUT UND ZUVERSICHT FÜR EUROPA

Außenminister Heiko Maas:
Was ist ihm an Europa wichtig,
was bereitet ihm Sorgen?

18

SPITZENREITER – HÄTTEN SIE'S GEWUSST?

Acht Fakten zu Europa, die nicht
jeder auf dem Schirm hat.

Impressum:

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11044 Berlin **Redaktion:** Dr. Johannes Dimroth **Druck:** Mohn Media GmbH, 33311 Gütersloh **Gestaltung:** Zum goldenen Hirschen Berlin GmbH, 10997 Berlin **Bildnachweis:** Titel, S. 5, 6, 10, 11, 14, 18, Rückseite: Karsten Petrat; S. 3: Florian Gaertner/Photothek via getty images; S. 9: Ramesh Amruth; S. 12: Thomas Köhler/photothek; S. 2, 16: Felix Abraham; S. 19: getty images/Simon McGill; **Redaktionsschluss:** 9. November 2018



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie halten die erste Ausgabe von „schwarzrotgold“ in der Hand, dem neuen Magazin der Bundesregierung. Viermal im Jahr möchten wir Ihnen ein bestimmtes Politikfeld nahebringen. Wir starten mit Europa. Warum? Weil die europäische Einigung mit Sicherheit die beste Idee ist, die wir Europäer je hatten. Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ein hohes Wohlstandsniveau – dafür steht Europa. Europa darf aber nicht stehenbleiben, wenn es auch die großen Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich bewältigen soll.

Wohin soll sich Europa weiterentwickeln? Ist Europa zu langsam und zu bürokratisch? Wie kann sich Europa mit seinen Anliegen und Werten in Zeiten der Globalisierung und des digitalen Fortschritts behaupten? Europa ist gewiss nicht perfekt. Ein denkbar falscher Weg aber wäre, sich in nationale Abschottung und Kleinstaaterei zu flüchten. Das hieße nur, nationale Stärken gegeneinander auszuspielen

und sich gegenseitig zu schwächen. Gemeinsam hingegen können wir Europäer unsere Interessen in der Welt viel besser zur Geltung bringen, als das jedem einzelnen Land allein je möglich wäre.

Ob Klimaschutz, Außenhandel und Forschung, ob Friedenssicherung, Krisenlösung und vieles andere mehr – gemeinsame Herausforderungen verlangen gemeinsame Antworten. Daran zeigt sich der Wert der europäischen Zusammenarbeit für alle Bürgerinnen und Bürger. Europa geht uns alle an. Europa sind wir alle. Am 26. Mai ist Europawahl. Wir alle sind aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen. Ich bitte Sie, dieses Wahlrecht wahrzunehmen.

Mit herzlichen Grüßen

Angela Merkel, Bundeskanzlerin

*70 Jahre Frieden, offene Grenzen, Wohlstand:
Die EU ist so allgegenwärtig, dass wir ihre Vorteile
oft für selbstverständlich halten. Doch wie
sähe unser Leben aus, wenn es die EU nicht gäbe?*

WAS WÄRE,

WENN ...

... DIE EU KEINEN GEMEINSAMEN BINNENMARKT HÄTTE?

Italienische Salami im Supermarkt, eine französische Brasserie in Berlin und ein Job in Dänemark – das ist gelebte europäische Realität. Ohne die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes – den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital – müssten wir Zölle zahlen und Visa beantragen. Preise würden steigen, die Arbeitslosigkeit ebenso. Wir könnten nicht mehr auf gleiche Sicherheits- und Verbraucherschutzstandards vertrauen, wenn wir ein Spielzeug kaufen oder im Ausland Medikamente in der Apotheke besorgen. Deutschland ist eine Handelsnation: 60 Prozent der Exporte gehen in die EU-Länder, jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab! Ohne Binnenmarkt hätten unsere Unternehmen keinen einfachen Zugang zu einem Markt mit 500 Millionen Menschen. Stattdessen müssten sie fast 30 unterschiedliche Regelungen beachten. Eine Schreckensvision für den Wirtschaftsstandort Deutschland!

... DIE EU NICHT GEMEINSAM FÜR UMWELT- UND KLIMASCHUTZ STREITEN WÜRDE?

Umweltprobleme machen nicht an Landesgrenzen halt. Verschmutzte Flüsse, die durch Europa fließen, dreckige Luft, die aus hohen Kaminen mit dem Wind in benachbarte Länder weht: Die EU-Umweltnormen schützen Gesundheit und Lebensqualität der Menschen in ganz Europa. Dreckige Gewässer und Phosphate im Trinkwasser sind heute kaum mehr vorstellbar. Ohne gemeinsame Regeln wären solche Erfolge viel schwieriger zu erzielen. Feinstaub und Abgase in den Städten bleiben eine schwierige Herausforderung. Um die Luft rein zu halten, hat die EU 2005 Höchstwerte etwa für Schwefeldioxid und Blei festgelegt – diese sind für jeden EU-Staat bindend. Und: Durch höhere Recyclingquoten können die in Europa produzierten 25 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle pro Jahr verringert werden.

... SICH DIE EU NICHT FÜR DIE SICHERHEIT ALLER EINSETZEN WÜRDE?

Ein Gemeinwesen ohne innere und äußere Sicherheit wird zwischen Anarchie und äußerer Bedrohung aufgerieben. Kriminalität organisiert sich längst international – darum gibt es die grenzüberschreitende Zusammenarbeit



der Sicherheitsbehörden. Der Austausch von DNA- und Fingerabdruckdaten sowie Daten aus Kfz-Registern steigert die Effizienz der EU-weiten Strafverfolgung. Europol, das „Europäische Polizeiamt“, stimmt die Polizeiarbeit der Mitgliedstaaten untereinander ab: Schwere Kriminalität und Terrorismus lassen sich europaweit besser bekämpfen. Die EU wappnet sich zudem gegen Cyberangriffe – denn nicht nur Infrastruktur und Wohlstand müssen wirksam gegen Angriffe aus dem Internet geschützt werden.

... DIE EU NICHT GEMEINSAM IHRE HANDELSINTERESSEN WAHRNEHMEN WÜRDE?

Deutschland hat eine starke Wirtschaft. Aber als einzelnes Land Handelsabkommen mit Wirtschaftsmächten wie den USA oder China aushandeln? Unsere Verhandlungsposition wäre viel schwächer als im Verbund von allen

EU-Mitgliedstaaten. Der EU-Binnenmarkt ist mit 500 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern einer der größten gemeinsamen Wirtschaftsräume der Welt. Und somit ein Partner, an dem keine globale Wirtschaftsmacht vorbeikommt. Damit haben wir auch die Macht, auf eine wertebasierte Handelspolitik hinzuwirken – also Wirtschaftswachstum mit sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechtsstandards und Rechtsstaatlichkeit zu verbinden. Wir können auf Normen für den Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitsschutz bestehen. Gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten bestimmen wir die Weltwirtschaft mit, als einzelner Staat eher nicht.

SO VIEL EUROPA STECKT IN UNSEREM OBST



Gesundes Obst zu vernünftigen Preisen: Ein Besuch bei der Apfelernte an der deutsch-französischen Grenze zeigt, wie die EU die Landwirtschaft prägt – und was das konkret für die Menschen bedeutet.

07

Langsam schieben die Edelstahlarme die große Apfelkiste ins Wasserbad. 300 kg Äpfel der Sorte Jonagold schwimmen auf, folgen der Strömung, werden mehr als 40-mal gescannt und anschließend rein maschinell nach Farbe, Größe und Rötung sortiert. Wendelin Obrecht, Obstbauer und Vorstandsvorsitzender der OGM Obstgroßmarkt Mittelbaden eG, fischt ein Exemplar heraus und begutachtet es: „Das ist die perfekte Frucht, nicht zu groß, das gibt einen guten Preis.“ Hier, in der Sortieranlage, bereitet die OGM die Äpfel der etwa 1.800 Genossenschaftsmitglieder für den Verkauf an den Lebensmittelhandel vor. Mitte September ist die Ernte in vollem Gange. Im Anlieferungsbereich stehen hunderte Kisten, gefüllt mit verschiedenen Apfelsorten, und verströmen ihr süßliches Aroma.

EUROPA FEST IM BLICK

Die Genossenschaft, etwa vier Fußballfelder groß, liegt am Rande von Oberkirch, im idyllischen Renchtal in der Ortenau. Im Osten steigt der Schwarzwald auf, es herrscht ein mildes Klima, ideal für Beeren, Pflaumen

Deutschland profitiert nicht nur im Agrarbereich von EU-Förderungen. Für Forschung, wirtschaftliche Entwicklung und die Angleichung von Lebensverhältnissen erhielt Deutschland im Jahr 2017 mehr als 4,4 Mrd. Euro von der EU.

und Äpfel. Mitten im deutsch-französischen Eurodistrikt ist Europa schon immer gelebte Realität gewesen. Das Straßburger Münster ist in Sichtweite, nur 25 km entfernt. Von den umliegenden Bergen ist es bei klarem Wetter deutlich zu sehen. Die OGM profitiert von der Nähe zur französischen Grenze: Sie beschäftigt nicht nur Arbeitskräfte aus dem Nachbarland, Betriebe aus dem Elsass sind auch Mitglieder der Genossenschaft, berichtet Marcelino Expósito, Geschäftsführender Vorstand der OGM. Der grenzüberschreitende Warenverkehr in der EU macht alles ganz einfach: Äpfel in Frankreich anbauen

und ernten, in Oberkirch sortieren, in Frankreich im Supermarkt verkaufen. Die OGM liefert auch nach Österreich, in die Schweiz und in skandinavische Länder. Obrecht baut seine Äpfel auf fünf Hektar an. Daneben wachsen Erdbeeren, Johannisbeeren und

auch Weintrauben, für die örtliche Winzergenossenschaft. Er hat den Hof früh von seinem Vater übernommen. Jetzt betreibt er ihn gemeinsam mit seiner Frau, auch seine Mutter hilft.

EU-GELDER HELFEN DEN BETRIEBEN

In Oberkirch wird auf kleinen Parzellen gewirtschaftet. Denn die jahrhundertelange Realteilung, durch die in der Erbfolge das Land immer wieder geteilt wurde, hat ihre Spuren hinterlassen. Landwirtschaft ist für Obrecht, wie für seine Kollegen in ganz Europa, nicht ohne europäische Hilfen denkbar. Jeder Betrieb bekommt EU-Direktzahlungen, im Durchschnitt etwa 285 Euro pro Hektar im Jahr. Neben den Direktzahlungen fördert die EU auch Investitionen in die Infrastruktur. Für Obrecht eine wichtige Ergänzung: „Die Hilfen an sich sind sehr wertvoll für die Entwicklung, sowohl bei der OGM als auch bei den Erzeugerbetrieben.“ Im Durchschnitt der letzten Jahre unterstützte die EU in Oberkirch Investitionen mit etwa 1 Mio. Euro. Auch Obrecht muss viel Geld in die Hand nehmen, um erfolgreich zu bleiben. Etwa für den Hagelschutz. Äpfel sind sehr empfindliche Früchte, und der Lebensmitteleinzelhandel ist sehr anspruchsvoll. Seit 2008 zog Hagelschlag fast jährlich die Apfelernte in Mitleidenschaft. So hat Obrecht über seinen Parzellen dünne schwarze Netze an Holzkonstruktionen gespannt. Die schützen nicht nur vor den kleinen Eiskugeln, sondern auch vor zu viel Sonneneinstrahlung.

KEINE ERNTE OHNE EU-SAISONARBEITER

In einer Region, in der nahezu Vollbeschäftigung herrscht, sind Höfe abhängig von Hilfe aus dem Ausland. Viele helfende Hände kommen aus Polen und Rumänien. Sie stellen in der Saison die Ernte sicher. „Ohne die Saisonarbeiter aus Osteuropa wären die Obstregale in Deutschland nahezu leer“, ist Obrecht überzeugt. Selbst in den kleinsten Betrieben arbeiten ein oder zwei Beschäftigte aus Osteuropa, meist kurzfristig bis zu zwei Monate.

Natürlich zum deutschen Mindestlohn von zurzeit 8,84 Euro pro Stunde (Stand 2018). Für Obrecht steht fest: „Der Hauptprofiteur ist der deutsche Verbraucher, er bekommt beste Qualitäten zu erschwinglichen Preisen.“

EUROPA – HERAUSFORDERUNG UND CHANCE

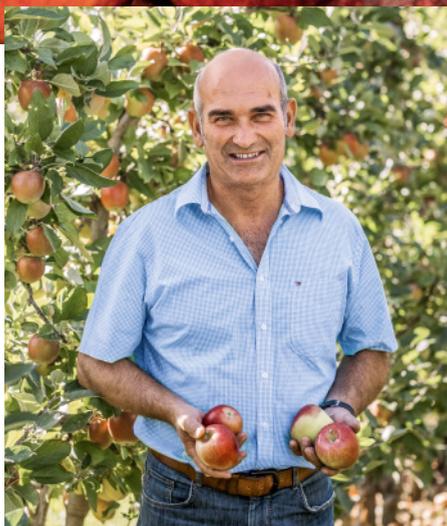
Vom breiten Angebot an Obst aus ganz Europa profitieren die Verbraucherinnen und Verbraucher: von spanischen Erdbeeren, Pfirsichen aus Frankreich und Südtiroler Äpfeln. Für Oberkirch bedeutet das allerdings: Gemeinsam mit allen anderen deutschen Obstregionen konkurriert die OGM mit den europäischen Miterzeugern. Deutschland ist für diese als kaufkraft- und bevölkerungsstarkes europäisches Land ein sehr interessanter Markt. Was für die Verbraucherinnen und Verbraucher Vorteile bringt, ist für die Hersteller eine Herausforderung. Vor allem dann, wenn sie die hohen deutschen Standards einhalten müssen: beim Pflanzen- und Gewässerschutz oder bei der Arbeitssicherheit. Auch der europäisch uneinheitliche Mindestlohn mache den Produzenten das Leben schwer, sagt Obrecht. Insgesamt jedoch nehmen Obrecht und Expósito die europäische Konkurrenz sportlich und setzen darauf, dass Handel sowie Verbraucherinnen und Verbraucher ihr Obst zu schätzen wissen.

„IM APRIL KOMMEN VIELE UM DIE KIRSCH-BLÜTE ZU SEHEN“

In Reih und Glied stehen die Apfelbäume auf der Parzelle. Die Sonne flirrt, es ist spätsommerlich warm, fast heiß. Rumänische Erntehelfer arbeiten in den Parzellen, legen vorsichtig die empfindlichen Äpfel in die Kisten. Die Ernte ist dieses Jahr sehr reichhaltig. Mehr als 20.000 Tonnen erwartet



09



Alle EU-Bürger haben durch die EU-Verträge das Recht, in einem anderen Mitgliedstaat Arbeit zu suchen. Mehr als eine halbe Million Deutsche im erwerbsfähigen Alter leben in anderen europäischen Ländern.

die OGM. Nur perfekte Äpfel werden den Weg in den Verkauf schaffen. „Schauen Sie sich diese tolle Kulturlandschaft an“, schwärmt Obrecht. Die kleinen Parzellen erschweren zwar den Anbau, machen die Gegend aber auch für den Tourismus sehr attraktiv. Direkt neben den Apfelbäumen stehen Zwetschgen, daneben Kirschen, dahinter Johannisbeeren. Einige Meter weiter lässt ein Erzeuger eine Blumenwiese stehen. Wanderwege schlängeln sich durch die Felder. Obrecht und die vielen anderen Haupt- und Nebenerwerbs-erzeuger sind stolz auf ihre Heimat, stolz auf ihre Arbeit. Nicht alle

finden Nachfolger, wenn sie selber in Rente gehen, manche müssen den Betrieb aufgeben. Bei Obrecht ist die Nachfolge gesichert, sein Sohn studiert Gartenbau und will bald selbst einsteigen. Äpfel, Beeren und Zwetschgen aus Oberkirch – schmackhaftes Obst, das auch in Zukunft deutschen wie europäischen Verbraucherinnen und Verbrauchern das Leben versüßt.

IST DAS WIRKLICH SO?

Die EU ist vielleicht nicht perfekt, aber bestimmt besser als ihr Ruf. Verschwenderisch, undemokratisch oder bürokratisch? Wir räumen mit einigen der gängigsten Vorurteile auf.



„DIE EU DIKTIERT UND WILL DIE NATIONALSTAATEN ENTMACHTEN“

Ganz im Gegenteil: Die EU ist ein freiwilliger Zusammenschluss souveräner Staaten. Große Dinge im Großen, kleine im Kleinen regeln: Die EU hat nur so viel Macht, wie ihr die Mitgliedstaaten und die nationalen Parlamente übertragen haben. Nur innerhalb ihrer Kompetenzen darf die Kommission Regelungen vorschlagen. Anschließend ist jeder Mitgliedstaat an der Entscheidung durch seine Abgeordneten im Europäischen Parlament und seine Ministerinnen und Minister im Rat beteiligt. Andersherum wird ein Schuh draus: Dank der EU sind die Mitgliedstaaten gemeinsam in der globalisierten Welt sehr viel stärker, als sie es als einzelnes Land wären.

„DEUTSCHLAND IST DER ZAHLMEISTER DER EU“

Falsch: Die EU auf Zahlungen und finanzielle Gegenleistungen zu reduzieren, ist eine Milchmädchenrechnung. Es ist zwar richtig, dass Deutschland in absoluten Zahlen der größte EU-Nettozahler ist (2016 hat Deutschland 21,3 Mrd. Euro an die EU gezahlt, gleichzeitig gut 10 Mrd. Euro an EU-Mitteln erhalten). Doch pro Kopf haben 2016 die Franzosen und die Belgier netto mehr gezahlt als die Deutschen. Fest steht: Kein anderes Mitgliedsland profitiert so vom gemeinsamen Binnenmarkt wie Deutschland. Fast zwei Drittel der deutschen Ausfuhren gehen in EU-Länder. Ausfuhren in die neuen Mitgliedstaaten Mittel- und Ost-europas sind rasant gestiegen.

„DIE EU VERSCHLEUDERT UNSER GELD“

Keinesfalls! Der Haushalt der EU wird vom Europäischen Parlament und von den Mitgliedstaaten beschlossen – zum Wohle aller. Für den Zeitraum 2021 bis 2027 will die EU noch stärker dort investieren, wo die Mitgliedstaaten allein wenig, gemeinsam hingegen sehr viel bewirken können. Etwa in den Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit oder der Innovation. Schon jetzt verfügt die EU zum Beispiel über das weltweit finanzstärkste Förderprogramm für Forschung und Entwicklung. Gleichzeitig investiert sie in Agrarpolitik, um die wichtige Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Und die Europäische Union fördert gezielt wirtschaftlich schwächere Regionen. Davon profitieren nicht nur die Menschen vor Ort, sondern auch der Wirtschaftsraum der EU insgesamt und damit auch hiesige Unternehmen.

„DIE EU SCHÜTZT IHRE AUSSENGRENZEN NICHT“

Das Gegenteil ist der Fall: Eigentlich müssen die Mitgliedstaaten die EU-Außengrenzen sichern. Doch angesichts der großen Zahl von Flüchtlingen und Migranten, die nach Europa gekommen sind, konnten nicht alle Länder die Aufgabe mit ihren Mitteln bewältigen. 1.300 EU-Grenzschutzbeamtinnen und -beamte helfen bei der Kontrolle der EU-Außengrenzen. Dazu kommt ein Soforteinsatzpool von 1.500 Beamtinnen und Beamten, die kurzfristig eingesetzt werden können. Diplomatische Initiativen begrenzen die illegale Migration weiter: Dazu gehören etwa die EU-Türkei-Erklärung sowie die Migrationspartnerschaften mit wichtigen afrikanischen Ländern.

„DIE EU MACHT UNS DAS LEBEN SCHWER UND REGULIERT ALLES MIT UNNÖTIGEN VORSCHRIFTEN“

Nein. Wahr ist, dass die EU in vielen Bereichen grundsätzliche Standards etabliert, zum Beispiel beim Verbraucherschutz. Denken Sie an die einheitliche Kennzeichnung von Lebensmitteln: Wer in Kopenhagen Marmelade einkauft, findet darauf die gleichen Informationen über Zutaten oder Mindesthaltbarkeit wie in Stuttgart oder Warschau. Auch die Mängelgarantie ist für alle in der EU gekauften Waren gleich. Dies sind praktische Regelungen, die uns das Leben leichter machen und uns als Verbraucherinnen und Verbraucher schützen. Und das vielzitierte „Regulierungsmonster“ EU hat dazugelernt und ist inzwischen vorbildlich in Sachen Bürokratieabbau: Neue Gesetzesvorschläge werden streng überprüft, unnötige Rechtsvorschriften abgeschafft.

11



AUSSENMINISTER
HEIKO MAAS

Was ist ihm an Europa wichtig,
was bereitet ihm Sorgen?

MIT MUT UND ZUVERSICHT FÜR EUROPA

Highlight. Alles hatte dieses besondere Flair. Selbst die Getränke waren anders.

Was war das bevorzugte Getränk?

Als wir alt genug waren, haben wir Ricard getrunken und Boule gespielt. Natürlich denkt niemand beim Boule-Spielen sofort an Europa. Aber wir haben schon begriffen, dass erst Europa dieses einfache Pendeln nach Frankreich ermöglicht.

Können Sie Europa in drei Worten beschreiben?

Frieden, Freiheit und Bürgerrechte. Das gibt es so sonst nirgendwo auf der Welt. Diese drei machen das Leben lebenswert. Ohne diese drei ist alles nichts.

Europa bleibt für viele ein Grenzstreifen auf der Landkarte, eine politische Idee, sehr abstrakt. Wenn Sie im Urlaub gefragt werden, wo Sie herkommen, antworten Sie dann:

„Ich komme aus Europa“?

Ich sage immer, ich komme aus dem Saarland und bin damit ein geborener Europäer.

Das klingt sehr heimatverbunden. Aber kann Europa funktionieren, wenn die Menschen sich mehr ihrer Region zugehörig fühlen?

Es ist doch toll, dass die Leute sich mit der Gegend identifizieren, in der sie leben oder aufgewachsen sind. Im Saarland leben wir vor, wie man sich darüber hinaus auch als Europäerin oder Europäer fühlen kann.

Wann sind Sie Europa das erste Mal begegnet?

Schon in meiner Kindheit. Ich bin direkt an der Grenze aufgewachsen. Damals standen noch Schlagbäume zwischen Frankreich und Deutschland, und meine Großeltern erzählten von den Erbfeinden aus Frankreich. Für mich waren aus diesen Erbfeinden längst Freunde geworden. In Frankreich auszugehen, war für uns ein

Unter den 28 Mitgliedstaaten gibt es mitunter unterschiedliche Ansichten. So gibt es Differenzen mit Polen und Ungarn über wesentliche Grundwerte der EU, zum Beispiel zu Regeln der Rechtsstaatlichkeit ...

Leider stellen einige Mitgliedstaaten auch Grundwerte der Gemeinschaft in Frage. Wenn etwa die Pressefreiheit in einzelnen Ländern eingeschränkt wird, wenn Populisten und Nationalisten mit ihrer Propaganda für Ausgrenzung und Diskriminierung werben, dann bereitet mir das Sorgen.

Wie können wir Zweifler wieder überzeugen? Warum soll die EU-Mitgliedschaft für ein Land von Vorteil sein?

Wir brauchen ein vereintes Europa. Die Aufgaben, die wir lösen müssen, kennen keine Grenzen mehr. Klima, Migration, Digitalisierung – nur gemeinsam sind wir stark genug, diese Probleme zu meistern. So wie der ehemalige belgische Premierminister Paul-Henri Spaak einmal sinngemäß gesagt hat: „Es gibt in Europa nur zwei Arten von Ländern: kleine Länder und Länder, die noch nicht gemerkt haben, dass sie auch

klein sind.“ Allein ist jeder von uns zu klein für die großen internationalen Herausforderungen. Deswegen: Wir wollen niemanden rauswerfen. Aber wir müssen Klartext mit diesen Partnern reden. Viele profitieren exorbitant von der Europäischen Union. Daran muss man diese Länder erinnern.

„Früher haben wir uns auf Schlachtfeldern gestritten, heute tun wir das in den Parlamenten und Konferenzzentren.“

Es wird viel gestritten in Europa, etwa über die Migrationspolitik oder auch den besten Weg zum Klimaschutz. Warum ist es oft so mühsam, sich zu einigen?

Früher haben wir uns auf Schlachtfeldern gestritten, heute tun wir das in den Parlamenten und Konferenzzentren. Was für ein Fortschritt! Streit und Debatte sind Teil der Demokratie. Es ist doch großartig, dass sich so viele Staaten mit völlig unterschiedlichen Interessen zum Schluss doch meistens zusammenraufen und einen Kompromiss finden. Manchmal dauert das halt. So ist das bei Kompromissen zwischen vielen. Das kennen wir doch alle, ob aus dem Beruf oder auch aus dem Privatleben.

Die Antwort auf „America first“ lautet „Europe united“, sagen Sie. Warum nicht „Europe first“?

Egal ob „America first“, „Russia first“ oder „China first“ – das Motto „wir zuerst“ wird auf Dauer nicht funktionieren. Erpressung und Bedrohung sollten nicht zu den Instrumenten

der internationalen Politik werden. Es darf nicht das Gesetz des Stärkeren gelten. Frieden und Sicherheit schaffen wir niemals gegeneinander, sondern nur miteinander.

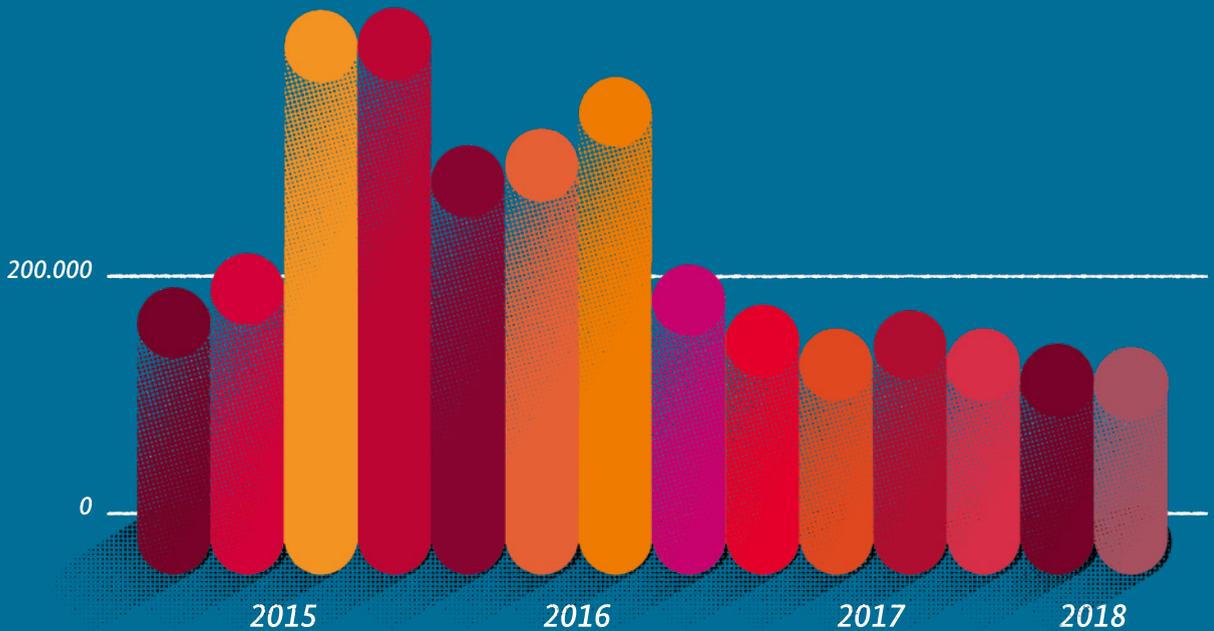
Im Mai sind Europawahlen. Könnte Europa an seinen Gegnern scheitern?

Europa wird nicht scheitern. Auch wenn es manchmal schwierig ist, im Nachrichtensdschungel aus Fake News und Propaganda durchzudringen. Wir müssen die Menschen mit Argumenten und Fakten überzeugen. Europa ist eine einzigartige Errungenschaft. Wir werden alles tun, um unser Europa mit Mut und Zuversicht zu verteidigen. Da kann übrigens jeder mithelfen. Jeder, der sein Leben auch in Zukunft in Frieden und Freiheit führen will, ist eingeladen, sich für Europa einzusetzen – am Küchentisch, im Büro, im Sportverein. Europa kann jede Stimme gebrauchen.

FLUCHT UND MIGRATION IN DIE EU

Migration braucht europäische Lösungen. Das ist nicht einfach. Aber es ist gelungen, dass heute deutlich weniger Menschen in die EU kommen als vor drei Jahren.

450.000 Zahl der Asylersuchenden ist seit 2015 in der EU deutlich gesunken



Flucht und Migration bleiben Thema leidenschaftlicher Debatten. Die Bundesregierung bekennt sich zum Grundrecht auf Asyl und zu Deutschlands humanitären Verpflichtungen. Gleichzeitig muss die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft berücksichtigt werden. Daher arbeitet die Bundesregierung seit Jahren daran, Migration zu ordnen und zu steuern und illegale Migration nach Deutschland weiter zu reduzieren. Auch hier hilft die EU. Einfache Lösungen gibt es aber nicht. Dafür sind die Interessen zu unterschiedlich:

FLÜCHTLINGE UND MIGRANTEN

Krieg, Terrorismus, Verfolgung – es gibt viele Gründe, warum Menschen aus ihrer Heimat fliehen. Niemand tut das leichten Herzens. Die meisten suchen zunächst Schutz in Nachbarländern. Viele kommen auch nach Europa. Davon zu unterscheiden ist die Migration aus anderen, vor allem wirtschaftlichen Gründen. Hier besteht in aller Regel kein Anspruch auf Schutz.

- ▶ Entscheidend ist es, die Ursachen von Flucht und Migration anzugehen. Die EU hat das Ziel, durch gezielte Förderung die Lebensbedingungen vor Ort so zu verbessern, dass die Menschen dort Perspektiven finden.

MITTELMEERSTAATEN

Griechische Inseln waren im Herbst 2015 für viele Schutzsuchende das erste Ziel in Europa. Ohne Unterstützung war die Lage nicht zu bewältigen. Nach wie vor kommen Menschen in Europa an. Die Zahl ist jedoch sehr stark gesunken.

- ▶ Nach der Vereinbarung der EU mit der Türkei ist die Zahl der Neuankömmlinge über die östliche Mittelmeerroute um 97 Prozent zurückgegangen.
- ▶ Die europäische Grenz- und Küstenschutzagentur Frontex soll mehr Personal und Kompetenzen bekommen.

TRANSITLÄNDER

Die meisten Menschen passieren auf dem Weg nach Europa sogenannte Transitländer. Dort geben sie teilweise viel Geld für die Weiterreise aus. Auch mit Unterstützung aus Europa gehen Polizei und Militär gegen Schlepper vor. Die Transitländer brauchen eine Perspektive, wie es für sie weitergeht.

- ▶ Die EU schloss mit mehreren afrikanischen Staaten Migrationspartnerschaften: Menschen-smuggel wird bekämpft, Aussteigern werden Berufschancen eröffnet, betroffene Kommunen unterstützt. Die EU fördert die freiwillige Rückkehr von Migrantinnen und Migranten.

WIRTSCHAFT

In Deutschland arbeiten mittlerweile über 300.000 Menschen aus den Hauptherkunfts-ländern. Die meisten davon in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Zehntausende sind bei Unternehmen oder Handwerksbetrieben in der Ausbildung. Viele Unternehmen wollen, dass gut integrierte Beschäftigte bei ihnen bleiben können.

- ▶ Die Bundesregierung hat Eckpunkte für ein Fachkräftezuwanderungsgesetz beschlossen.

HERKUNFTSLÄNDER

Länder, in denen die Einkommen relativ niedrig sind, profitieren davon, dass Migrantinnen und Migranten Geld an ihre Familien überweisen – 2017 mehr als 460 Mrd. US-Dollar. Gleichzeitig verlieren sie durch deren Weggang oft die besten Köpfe.

- ▶ Mit dem Treuhandfonds für Afrika und Investitionsoffensiven in Afrika und Nahost bekämpft die EU Ursachen von Flucht und irregulärer Migration.
- ▶ Die EU und ihre Mitgliedstaaten waren 2017 mit einer Gesamtsumme von 75,7 Mrd. Euro der weltweit größte Geber öffentlicher Entwicklungshilfe.



„MAL AUF DAS GROSSE GANZE SCHAUEN“

„Da melde ich mich an!“, dachte sich Uta Seibold-Pfeiffer sofort. Die Regionalzeitungen hatten unter der Überschrift „Mit Bundeskanzlerin Merkel in Jena über Europa sprechen“ die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für den Dialog ausgelobt. Seibold-Pfeiffer, Lehrerin an der Karl-Volkmar-Stoy-Berufsschule in Jena, engagiert sich seit Jahren in der politischen Bildung. Sie will Schülerinnen und Schülern aus völlig unterschiedlichen Milieus Interesse an politischen Zusammenhängen vermitteln. Reisen nach Berlin, Diskussionen mit Politikern – sie lässt nichts unversucht, um ihren Schützlingen den Wert von Demokratie und Rechtsstaat näherzubringen. Persönlich macht sie sich durchaus Sorgen, „ob das alles in Europa auf gutem Wege ist“. Sie denkt dabei an den Brexit oder die Unabhängigkeitsbestrebungen der Katalanen. Gerade deshalb ist ihre Freude umso größer, als sie erfährt, beim Bürgerdialog mit der Bundeskanzlerin dabei zu sein.

*Lassen Sie uns über Europa reden!
In der ganzen EU wollten die Regierenden
von ihren Bürgerinnen und Bürgern
wissen, was diese von Europa halten und
erwarten. Im direkten Gespräch, offen
und ehrlich. Wir haben eine Teilnehmerin
in Jena begleitet.*

IM WORKSHOP KOMMEN ALLE MEINUNGEN AUF DEN TISCH

Ein paar Tage später steht Uta Seibold-Pfeiffer in der „Imaginata“ vor den Toren der Stadt. Sie kennt das zur technischen Erlebniswelt umfunktionierte Umspannwerk von früheren Besuchen. Die mehr als 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereiten sich in einem Workshop auf den Dialog mit der Kanzlerin vor.

An acht Tischen diskutieren sie unterschiedliche Fragen: Wie erleben sie Europa in ihrem Alltag? Welche Rolle spielt die EU für Deutschland insgesamt? Wie sollte die Zukunft aussehen? Seibold-Pfeiffer diskutiert mit Herzblut. Sie wirbt für ihre Meinung, bringt hier und da auch Zweifel an. Schnell wird klar: Viele sehen in Europa ein wichtiges Friedensprojekt. Einige sind aber auch sehr skeptisch. „Es hat mir sehr gut gefallen, dass die Gruppe hier gemischt war. Es gab nicht nur Europa-Befürworter, es gab auch Leute mit sehr kritischen Stimmen und mit Befürchtungen“, so Seibold-Pfeiffer.

AB INS FERNSEHSTUDIO

Schnell noch ein kleines Mittagessen und schon stehen Seibold-Pfeiffer und die anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach dem obligatorischen Sicherheitscheck im provisorischen Fernsehstudio. Die Lehrerin hat mittig in der zweiten Reihe Platz genommen – nicht weit entfernt von der Kanzlerin, die kurz vor Sendebeginn um 15 Uhr die Bühne betritt. Der Beifall ist herzlich, die nachfolgende Diskussion lebhaft. Umweltschutz, Sicherheit, Migration und Europa als Wertegemeinschaft werden kontrovers diskutiert. EU-Agrarpolitik, Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich und Arbeitskräfte aus dem EU-Ausland zählen ebenfalls zu den drängendsten Themen in den kommenden 90 Minuten. Seibold-Pfeiffer ist angetan: „Ich fand die Kanzlerin sehr authentisch. Sie konnte wirklich alle Fragen beantworten und auch mit Beispielen aus ihrer Arbeit belegen. Das fand ich gut.“

90 MINUTEN SIND SCHNELL VORBEI

Nicht minder engagiert sind die Fragenden. Viele sprechen aus persönlicher Erfahrung. Seibold-Pfeiffer stellt keine eigene Frage, obwohl sie sich einige zurechtgelegt hatte. Manchen Einwurf hätte sie so ähnlich aber auch gemacht: „Insofern wurden viele meiner Fragen beantwortet.“ 90 Minuten sind schnell um. Der Moderator schaut auf die Uhr, ruft die letzten Fragenden auf, dann ist die Sendezeit vorbei. Seibold-Pfeiffer stellt sich mit den anderen zum Gruppenfoto auf. Die Bundeskanzlerin muss schnell weiter zum nächsten Termin. Uta Seibold-Pfeiffers Fazit: „Der Bürgerdialog hat mir einen Weitblick gegeben, so dass ich sage, ich sehe jetzt vielleicht nicht mehr so klein-klein auf die Dinge, sondern versuche mal auf das große Ganze zu schauen. So wie die Kanzlerin es betrachten muss.“ Das will sie in ihren Unterricht mitnehmen. Sie zeigt sich überzeugt: „Jetzt kann ich bei jungen Menschen noch besser für Demokratie werben!“

WARUM DIE BÜRGERDIALOGE ZUR ZUKUNFT EUROPAS?

Europa braucht Veränderung. Veränderung braucht Dialog. Europaweit fanden von Mai bis Oktober 2018 Bürgerdialoge zur Zukunft Europas statt. Auch in Deutschland wurde viel diskutiert, unter anderem mit der Bundeskanzlerin. Wie erleben Menschen Europa im Alltag? Welche Rolle spielt Europa aktuell für Deutschland? Wie soll die Zukunft Europas aussehen? Die breite Debatte gibt nicht nur Impulse nach Brüssel. Es geht auch darum, Rückschlüsse für die eigene Europapolitik zu ziehen. Die Ergebnisse des Bürgerdialoges sind unter www.dialog-über-europa.de abrufbar.

SPITZENREITER – HÄTTEN SIE'S GEWUSST?



Deutschland hat die meisten Einwohner in Europa, ist die größte europäische Volkswirtschaft. Aber es gibt auch ein paar Spitzenreiter, die nicht jeder auf dem Schirm hat:

Niederlande – Spitzenreiter bei privaten Internetanschlüssen: 98 Prozent aller niederländischen Haushalte haben schnelles Internet, gegenüber einem EU-Schnitt von 85 Prozent.

Finnland – Spitzenreiter bei Aktivität und Sportlichkeit: 69 Prozent der Menschen in Finnland machen regelmäßigen Sport – EU-weit trifft das gerade einmal auf 40 Prozent zu.

Frankreich – Spitzenreiter im Tourismus: Mit mehr als 87 Millionen ausländischen Touristinnen und Touristen im Jahr 2017 war Frankreich sogar das am meisten besuchte Land der Welt.

Letland – Spitzenreiter bei weiblichen Führungskräften: 46 Prozent der leitenden Positionen waren dort 2017 mit Frauen besetzt. Der europäische Durchschnitt liegt bei 34 Prozent.

Polen – Spitzenreiter bei der Obst- und Gemüseproduktion: Ob Äpfel, Karotten oder Kirschen – kein Land in der EU produziert mehr von diesen Obst- und Gemüsesorten als Polen.

Rumänien – Spitzenreiter bei Wohneigentum: 2016 lebten 96 Prozent der Rumäninnen und Rumänen in den eigenen vier Wänden – EU-weit ist es durchschnittlich gut ein Viertel der Bevölkerung.

Spanien – Spitzenreiter bei Organspende: In Spanien haben 2017 fast 47 Verstorbene pro eine Million Menschen Organe gespendet. Zum Vergleich: Die bei Eurotransplant zusammenarbeitenden Länder erreichen nur fast 14 pro eine Million.

Tschechien – Spitzenreiter bei Beschäftigten: Tschechien war 2017 mit 2,9 Prozent das Land mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in der EU.

SEBASTIAN RAUPACH

aus Braunschweig, 42, Physiker und Vater von drei Kindern, ist begeisterter Europäer. Er engagiert sich bei der Initiative #diesmalwähle und motiviert andere, zur Wahl zu gehen. www.diesmalwaehleich.eu

„Die Europäische Union ist für mich eine einzigartige Errungenschaft: ein freiwilliger Zusammenschluss gleichberechtigter Staaten, nicht nur wirtschaftlich erfolgreich, sondern mit den europäischen Werten auch weltweites Vorbild. Auf jeder Ebene – global, europäisch, national und in der Familie – genießen wir alle dadurch riesige Vorteile. Ich finde, wir haben die Verantwortung, diese Errungenschaft mit unseren Wählerstimmen zu unterstützen.“

19

EUROPAWAHLEN – AM 26. MAI 2019



Kreuzen Sie den 26. Mai in Ihrem Kalender an – und gehen Sie zu den Europawahlen! Sind die Wahlen zum Europäischen Parlament überhaupt wichtig? Na klar. Nur wer wählt, kann mitentscheiden, was in der EU für alle Menschen gelten soll – vom Umwelt- bis zum Datenschutz. Das Europäische Parlament beschließt viele gesetzliche Regelungen, die für uns wichtig sind. Denn die Mitgliedstaaten haben der EU Zuständigkeiten übertragen: Für bestimmte Politikbereiche wie die Handelspolitik kann sie europaweite Regelungen erlassen. Bei der Europawahl haben Sie eine Stimme für eine Partei, die in Deutschland antritt. Aus Deutschland werden 96 Europaabgeordnete ins Europäische Parlament einziehen. Sie entscheiden, wer die nächsten fünf Jahre Ihre Interessen in der EU vertritt.

Wie funktioniert die Wahl?

Spätestens Anfang Mai müssten Sie eine Wahlbenachrichtigung in Ihrem Briefkasten finden. Wenn nicht, wenden Sie sich an Ihre Gemeinde. Weitere Informationen gibt es auf www.bundeswahlleiter.de. Sie sind am 26. Mai verreist? Wählen geht vorher per Briefwahl!

